

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1898

98 (28.4.1898) II. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2 Mark 60 Pf.,
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.
Redaktion und Expedition:
Kirchstraße 9.
Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühren:
Die 12spaltige Kolonelleiste
denen Raum für 20 Zeilen
Inserate 15 Pf., für aus-
wärtige Inserate 20 Pf.,
im Reklameteil 30 Pf. Bei
größeren Aufträgen ent-
sprechenden Rabatt.
Bemerkungen:
Unbenutzt gebliebene Ein-
sendungen werden nicht auf-
gehoben und können nachträg-
liche Donations-Ansprüche
Verpflichtung finden.

Nr. 98 II. Blatt.

Karlsruhe, Donnerstag, den 28. April

1898.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 27. April.

77. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.
Am Regierungssitz: Staatsminister Dr. Noll, Geh. Rat Dr. Krüperger, Geh. Oberregierungsrat Beyer, Ministerialrat Braun.

Präsident **Süner** eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.
Die Generaldebatte über das Unterrichtsbudget wird fortgesetzt.
Abg. Heimburger (Dem.) teilt mit, daß er bezüglich der Reform der Lehrerbildung auf dem Standpunkt Benedeks stehe. Die Mehrkosten für die gewünschte Vorbildung würden nicht so groß sein, wie man annehme. Die Meinung, daß die Lehrer dann nicht mehr aufs Land wollten, sei unbegründet. Andere akademische Gebilde, wie Farmer und Metzger, seien ja auch auf dem Lande. Ein Lehrer müsse heutzutage eigentlich auf allen Gebieten zu Hause sein. Im übrigen habe der Abg. Wacker bezüglich der Leistungen der Schule doch allzu pessimistisch gesehen. Einzelkommisssion dürfe man nicht verallgemeinern. Heute wird in der Schule manches schöne gelernt, was wir nicht hatten und Mitglieder des Ausschusses hätten ihm gesagt, es sei für sie eine wahre Lust, den Prüfungen anzuwohnen, sie lernten selbst noch dabei. Die Ausübung des Lehramts werde Wacker zum größten Teil bedrückt haben. Bezüglich der Bibliothek möchte Wacker aber doch sagen, daß es nicht auf die Konfession, sondern auf den Takt des Lehrers ankomme, der die Bibliothek führe. Eine gewisse Härte sei es, daß die Zeichenlehrer nicht mehr angestellt werden, wenn sie nicht nach 6 Jahren die Dienstprüfung gemacht haben. Auch er bedauere die ungleiche Ausweisung von Rechten und Pflichten beim Organisationsdienst und es wäre wünschenswert, wenn die Regierung hier den Wünschen der Lehrer mehr entgegenkäme. Besonders auf dem Lande, aber auch in den Städten seien oft sehr schlechte hygienische Verhältnisse. So sei in Heidelberg lange ein Mischstand wegen des Trinkwassers gewesen, den der Oberbürgermeister allerdings sofort, nachdem er davon gehört, abgestellt habe. Verzügliche Mithilfe sollte regelmäßig sein. Der Abg. Fieser habe das Citat von dem Kaiser und seinem Handlanger gründlich mißverstanden. (Aul) Wieder einmal das berühmte „Mißverständnis“! Zuerst habe er geglaubt, Fieser wolle die Sache nur als Redemittel benutzen. (Abg. Fieser: Zweifel wollen Sie darüber äußern?) Ich habe allerdings davon gehört, daß Sie nicht gewußt haben, von wem das Citat von dem Handlanger Bismarck herühre. Das rühre von einer sehr hohen Persönlichkeit her, die damit großes und peinliches Aufsehen, namentlich in der Presse, erregt habe. Benedek habe mit seiner Äußerung lediglich gesagt, er habe nicht die Ansicht, daß Kaiser Wilhelm die Initiative ergreifen werde, sondern daß er erst in zweiter Reihe stehe. Was den Titel „der Große“ betrifft, so könne man ja darüber verschiedene Meinungen sein. Die Bezeichnung rühre vom Kaiser Wilhelm II. her. Er gebe zu, daß es ein sehr schöner menschlicher Zug an Kaiser Wilhelm II. sei, daß er diese schwärmerische Verehrung für seinen Großvater habe. Von der Geschichte sei diese Bezeichnung bisher nicht aufgenommen. Auch an dem Karlsruher Kaiserdenkmal sehe sie nicht. Es sei also durchaus kein Grund, in dieser erregten Weise gegen Benedek aufzutreten. Es sei durchaus kein Grund, es als eine Beschimpfung anzusehen, wenn man jemand nicht den Beinamen des Großen zuerkennt. Wenn Süner von dem „so fesseligen Kaiser Wilhelm“ gesprochen habe, so seien vor Gott Alle gleich. Auch die Angriffe Fiesers auf die Demokraten seien ebenfalls unbegründet gewesen. Er fordere Fieser auf, nachzuweisen, wo er etwa gefahren sei? (Abg. Fieser: Ich habe die Nationalversammlung in 34 Jahren in fast allen Ländern besucht, wie die Nationalversammlung. Wenn Herr Fieser der Ansicht sei, daß das Parlament in Frankfurt leerer Stroh geblasen habe, so möchte er Fieser bitten, bei der von den Nationalliberalen geplanten Gedenkfeier an die Zeit vor 50 Jahren die Gedächtnis zu halten. (Abg. Fieser: Das soll gegen mich gerichtete sein? Was drehen Sie denn, wenn ich die Rede halte? Doch die Frankfurter Geschichte!)

Abg. Köhler (Str.) verweist auf das Landerziehungs-Institut, das die Frequenz eines starken Gymnasiums habe. Viele Eltern ihm ihre Kinder zu den Ferien nach Solothurn, was die Verschärfung der Internate beweise. Er sei gegen die Verlegung von Seminarien in große Städte. Man solle die Lehrer nicht zu früh mit den großstädtischen Bedürfnissen bekannt machen. Die akademisch Gebildeten, Notare, Dozenten u. s. w. wollen alle in die großen Städte. Der Staat habe kein Bedürfnis, daß die Lehrer allzu hohe Bildung sich erwerben, um dann allzu hohe Ansprüche zu machen. Das Studium werde nicht billiger, wie Heimburger meinte, sondern teurer. Die Besoldungspreise seien geringe und deshalb auch die Gehälter der Beamten. Man habe ein Bedürfnis nach Volksschullehrern und nicht nach Volksschulprofessoren. Man solle die Verhältnisse auf dem Lande bedenken, denn das Land habe schon gesagt, daß der große Teil der Kinder überbürdet werden. Für den Zeichenunterricht geben sich nur minder begabte Kaler her. Man möge die Wünsche der Zeichenlehrer berücksichtigen. Der Vorzeimer Dandeleus sollte in andere Wägen untergebracht werden.
Staatsminister **Dr. Noll**: Die Staatsregierung werde der Frage der Vorbildung der Lehrer ihre erste Aufmerksamkeit zuwenden. Ein Zwang zum Besuch der Präparandenschule und der Seminarien bestehe nicht. Sei der Besuch einer klassischen Bürgerschule vorzuziehen, so werden die Eltern ihre Söhne dorthin senden. Von hervorragenden Lehrern habe er mit Anerkennung von dem wertvollen Einfluß eines tüchtigen Seminarlehrers reden hören. Es sei wichtig, daß die Kirchenbehörde einen Zwang zur Übernahme des Organisationsdienstes ausüben könne. Nur die Oberbehörde könne den Lehrer zur Übernahme veranlassen. Es sei natürlich für den Lehrer schwer, den Organisationsdienst abzulehnen wegen seiner Stellung in der Gemeinde. Der Organisationsdienst habe eine nicht unerhebliche finanzielle Bedeutung. 1291 Lehrer seien nach einem allerdings nicht mehr neuen Vergleich an Organisationsdienst befristet und der durchschnittliche Gehalt betrug 96 M. und einige Pfennig. Sprechen triftige Gründe für Befreiung von Organisationsdienst, so erfolge dieselbe. Eine Ueberwachung der gesundheitlichen Verhältnisse finde statt und das Ministerium bekomme die Berichte vorgelegt. Es wäre falsch, zu sagen, die Volksschule war früher schlecht und heute sei sie vorzüglich. Die Volksschule hänge sehr viel von dem einzelnen Lehrer ab. Im Ganzen aber kommen wir nach und nach vorwärts. Im Jahr 1896 seien 1622 Lehrer von der Kreisoberbehörde geprüft worden. Es erhielten die Note 1 (sehr gut) 47 Lehrer, 2 (gut) 715, 3 (ziemlich gut) 693, 4 (erhalten) hinlänglich und 10 (schlecht). 1897 wurden 1859 Lehrer geprüft. Note 1 erhielten 184, Note 2 1037, Note 3 526, Note 4 100, die Note 5 (schlecht) 12 Lehrer. 1700 haben also sehr gut bis ziemlich gut. Dieses Resultat sei ein befriedigendes und zeige, daß mit Geduld und Hingabe in diesem schweren, aber segensreichen Beruf gearbeitet wurde. Unsere Lehrer machen sich um unsere Volksschule verdient.
Abg. Dreßbach (Soz.) protestiert gegen den Ausdruck „Maba-Blaß“ für die „Neue Bad. Schulzeitung“. Er kenne den Redakteur dieses Blattes und glaube nicht, daß dieser eine andere Absicht als die Hebung der Mißstände habe. Auch glaube er nicht, daß er das Opfer einer Mystifikation geworden sei. Die Meersburger Lehrer hätten nichts von sich hören lassen. Daß die Anlage in grellen Farben gefaßt sein könne, gebe er zu. Daß solche Angriffe in der Presse stehen, geböre allerdings nicht zu den schönsten Erscheinungen, andererseits sei es Pflicht der Presse, Mißstände zu Sprache zu bringen und beim richtigen Namen zu nennen. Mit dem Bescheiderecht der Schüler sei es wie mit dem Bescheiderecht des Willkürs. Die „Badische Landeszeitg.“ habe schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß die Schüler in Meersburg an Umständen teilnehmen müßten. Sonst sei man nicht so zimperlich, gegen die Presse die Fülle des Gerichts in Anspruch zu nehmen. Es scheine ihm, als ob man doch geschwiegen habe, es komme noch mehr heraus. Warum habe man nicht wenigstens eine Verhöhnung an das Blatt geschickt?

Sie nach sei er berechtigt gewesen, die Sache hier öffentlich zur Sprache zu bringen. Mit dem Erfolg dieser Erörterung sei er vollständig zufrieden. Gegen Köhler bemerkt er, daß man in den Städten unter allen Umständen an der Erhaltung der erweiterten Klassen Volksschule festhalte. Die Kinderzahl müsse auf höchstens 40 beschränkt werden.

Geh. Rat Krüperger: Er sei absichtlich nicht näher auf die Ueberbürdung des Meersburger „Neuen Bad. Schulzeitung“ eingegangen, weil man nicht mit Annahmen, sondern mit Thatsachen zu rechnen habe. Die Annahme Fiesers bezüglich der Ueberbürdung bestehe auch bei der Oberbehörden, auch sei die von Fieser mitgeteilte Entlastung des betr. Schülers wegen schlechter Führung richtig. Er sei aber schon deswegen nicht auf diese Sache eingegangen, weil hinter dem betreffenden anderen Personen als treibende Kräfte ständen, deren Motive nicht als edel bezeichnet werden könnten. Was an der aufgewauchten Sache sei, habe er gestern ausdrücklich dargelegt. Die Pflicht der Presse, unter Umständen auf Mißstände aufmerksam zu machen, habe er anerkannt, und ausdrücklich die Form getadelt. Entschieden in Abrede müsse er stellen, daß eine körperliche Fügung vor verammelter Klasse stattgefunden habe. Er sei nicht derjenige, der sich Fingern verschließe, die sein Dienst ihm zu wissen auferlege. Er sei allerdings schon wiederholt getadelt worden, daß er die Gerichte in einzelnen Fällen nicht in Anspruch nahm, aber er thue das deshalb nicht, weil sowohl bei Preisprüfung als bei Beurteilung die Interessen der Schule nicht gefördert würden. Eine Verhöhnung hätte ertragen werden können, wenn die Sache ganz einfach gewesen wäre. Er bedauere also nochmals, daß die Sache in dieser bedauerlichen und unrichtigen Weise erörtert worden sei, nicht daß sie angeregt wurde.

Abg. Wacker (Str.): Er behaupte abermals, von den Herren Süner und Fieser zu einer Erörterung genötigt zu sein. Redner rekapituliert in knappen Worten die einzelnen Momente der Debatte. Wenn vom „Krieg“ die Rede sei, sei vor allen Dingen zu unterscheiden, wer ihn begonnen habe. Wenn man später mit dem Gesetz sich zurechtfinden könne, so sei das an und für sich nicht tadelnswert und stehe auch nicht im Widerspruch mit dem Vorgegangenen. Wer behaupte, die Frage der Aufsicht sei in allen Stufen der Aufsichtsbekörderung getrennt geregelt, ersehe ihm als ein Mann, der wenig Kenntnis von Schulsachen habe. Die schlechteste Regelung habe, von den Städten abgesehen, die lokale Aufsicht erfordere. Er habe ausdrücklich erklärt, daß er zur Zeit auf verschiedene nicht eingehen wolle. Süner habe die lächerliche Behauptung aufgestellt, das Centrum sei nicht in der Lage gewesen, Beschwerden vorzuführen. Für diese Behauptung habe Redner kein Verständnis. In der Berichterstattung, die dem Hause zur Verfügung stehe und die er nicht tadeln wolle, weil er sie bisher zu wenig gelesen habe, in der aber, wie schon ihr äußerer Umfang zeige, nicht zu viel stehe, sei die Einschätzung, die er bezüglich der Schulgesetzgebung gemacht, enthalten. Zwischen dem Wortlaut und dem Geist von Gesetzen sei ein großer Unterschied. Der Geist sei der nationalliberale, der Geist der Schulverwaltung sei aber in mancher Beziehung ein anderer. (Abg. Fieser: Weid! Ja, ich habe Ihnen schon einmal gesagt, wenn Sie noch die Macht hätten, würden Sie nicht so resigniert sein. (Abg. Fieser: So arg resigniert will mir nicht!) Allerdings, ab und zu merkt man den „Alten“ wieder. (Heiterkeit.) Fieser hätte gestern gar keinen Anlaß gehabt, vom „Herenfall“ Dresbachs zu reden, denn so „heringefallen“ wie Fieser bei verschiedenen seiner Touren sei wohl noch niemand. Er begreife nicht, warum Fieser das Strempelblatt für Blat aufgeschlagen haben wolle. Der Parteiführer einfach das aus, was ihm aufgetragen worden war. Der Oberbürgermeister habe dem Parteivorstand den einzig richtigen Bescheid gegeben, daß ein Organisationsleiter nicht Mitglied der Stiftungsbehörde sein könne. Sei der Bürgermeister nicht Katholik, so habe der älteste katholische Stadtrat an seine Stelle zu treten. Fieser sei dann auf dringlicher Verhältnisse eingegangen. Er wisse nicht, wannweit dieselben, im Zusammenhang mit dem Unterrichtsbudget stehen. Die beiden Herren in der Hauptsache seien zurechtgefunden auf ihr Wissen hin. Sie gingen von der Rechtsanschauung aus, daß nach den veränderten Verhältnissen die Grundfrage nicht mehr die sei, Kraft deren die Gemeindevermögensverwaltung in der lokalen Vermögensverwaltung der Kirche vertreten zu sein berechtigt sei. Darüber lasse sich mindestens streiten. Eine andere Frage sei die, ob ein einzelner Pfarrer für sich diese Sache regeln könne. Ferner seien die Herren der Ansicht, daß, nachdem diese Verwaltung (zählich noch einen kirchlichen Charakter habe, ein Oberbürgermeister, der in manchen Dingen nicht als Katholik aufträte, nicht Mitglied dieser Verwaltung sein könne. Er wiederhole, daß ein katholisch getaufter Vater, der über die Erziehung seiner Kinder selbstverständlich zu verfügen hat, dieselben aber nicht katholisch erzieht, sich von der Kirche thatsächlich losgeragt hat. Das mag in Ihren Ohren hart klingen, Sie müssen sich aber gefallen lassen. (Heiterkeit.) Redner polemisiert gegen Fiesers Ausführungen über die Verlegung des Grenzreiters. Fieser habe damals selber seine einwandfreie Rolle gespielt. Fieser habe seine Freunde für die Abstimmung beugen und sägen wollen (Heiterkeit) und da sei allerdings „Wildheit“ hervorgerufen. (Heiterkeit.) Lamey habe damals viele Sorge gehabt und Quelle seiner Sorge seien Elemente wie Herr Fieser gewesen, welcher stämmiche Herr, wie Lamey selbst im Gespräch gesagt habe, von seinem Gramensschwänze nicht habe lassen wollen. (Heiterkeit.) Man müsse unverzüglich daran festhalten: Die Lehrerwelt für die Schule und nicht umgekehrt die Schule für die Lehrerwelt. Das Maß der Bildung des Lehrers müsse sich richten nach den Bedürfnissen der Schule. Man dürfe die Zahl der Unzufriedenen unter den Lehrern nicht noch vermehren, ganz abgesehen von der materiellen Seite. Der Westliche müsse alles vermeiden, was auch nur scheinbar ein Eingriff in die Kompetenz des Lehrers bedeutet werden könnte. Das werde den Geistlichen selbst bei den Exerziten zur Aufgabe gemacht. Der leidende Teil in der Schule sei nicht der Lehrer, sondern zum größten Teil der Geistliche. Aus vereinzelt Vorurteilen allgemeine Schlüsse zu ziehen, solle man sich hüten. Aus dem Ansehen des geistlichen Berufs folge natürlich nicht, daß damit alle menschlichen Schwächen abgestreift werden. (Abg. Fieser: Das bedarf keiner Versicherung! Heiterkeit.) Der Teil der Lehrererschaft, der den Organisationsdienst nur nach der Größe der Entschädigung betrachte, sei allerdings zur Uebernahme desselben weniger berufen. Aber er möchte sehen, wie viele Lehrer einverstanden wären, wenn der Organisationsdienst ihnen abgenommen würde. Die Angriffe auf die Internate begreife er nicht, wenn dieselben auch nicht nur Lichtheiten haben. Fieser sei mit seinem Angriff auf Benedek „heringefallen“. Süner thäte gut daran, Bemerkungen zu unterlassen wie die, daß das Centrum sei der Nachfolger derjenigen, die gegen das Reich gekämpft hätten. Er möchte den Patriotismus der Nationalliberalen sehen, wenn diese lange Jahre der leidende und verfolgte Teil gewesen wären. Es sei aber eine positive Unmöglichkeit, daß seine Partei auch nur eine Stunde lang den Pflichten gegen das Reich verzeihen habe. Redner habe sich vor niemand zu generen, wenn er öffentlich sage, daß es kein Zufall sei, daß in der Zeit der politischen Umgestaltung unseres deutschen Vaterlandes ein Mann wie Kaiser Wilhelm I. da war und in ein hohes Alter kam, und daß es kein Zufall sei, daß es kein Zufall sei, daß es kein Zufall sei, daß die Verhältnisse in verschiedenen Ländern so waren, wie sie gewesen sind. Allein wenn davon die Rede ist, daß ein hervorragender Mann, der Großes erzieht und erreicht hat, den Namen des Großen verdient, dann solle man nicht die Gefühle strengen lassen, sondern die Zeit herantommen lassen, in der geschichtlich alles geschieht. Er halte den Titel Wilhelm der Siegreiche für sehr zutreffend, wenn man überhaupt einen Ehrennamen nennen wolle, obwohl Wilhelm I. genüge, um den Namen des Mannes zu verdienen. Fieser werde sich überhaupt überzeugt haben, daß Benedek nur eine Verhöhnung citierte. Ihn, Wacker, sei allerdings auf den ersten Blick auch der „Handlanger“ aufgefallen — Benedek dürfe ihm das nicht übel nehmen — denn Bismarck sei kein Handlanger gewesen. Wilhelm I. habe zweifellos große Verdienste erworben, die aber lange von einer gewissen Seite gar nicht anerkannt worden seien. Unter diesen Augenbinde sei nicht die geringste die Unvollständigkeit an-

wesen, sonst wäre das lange Zusammenarbeiten mit dem Fürsten Bismarck unmöglich gewesen. Der so rühmvolle und verdienstvolle erste und einige Kanzler des alten Kaisers, Bismarck, habe die Welt merken lassen, wer eigentlich im Vordergrund stehe. Die Nationalliberalen sollten zurückhaltend sein, umso mehr, als in ihrer Presse andere Ansichten vertreten würden. Sollo habe in einem Schreiben über den nachmaligen Kaiser Wilhelm in einer Weise sich ausgesprochen, daß er aus verschiedenen Rücksichten dasselbe nur in seinem zweiten Teil (Heselerische Kritik an Bismarck) verlesen wolle. (Abg. Fieser: Hat Sollo nicht auch Briefe später aus Versailles geschrieben?) Doch, aber ich habe keinen Anlaß, dieselben zu verlesen. (Heiterkeit.) Man dürfe nicht nur auf die Größe sehen. Wäre Bismarck kein großer Mann gewesen, wenn ihm einiges mißglückt wäre?

Präsident **Süner**: Bei der ersten Anregung dieser geschichtlichen Sache sei gleich sehr weit abgeschwieft worden. Er lese sich deshalb veranlaßt, zu bitten, das Haus möge sich doch mehr mit dem Besäftigten, was auf der Tagesordnung steht. (Sehr richtig!) Wenn es so fortgeht, werden wir uns noch mehrere Tage mit dem Unterrichtsbudget zu beschäftigen haben. Nachdem die Sache jetzt in der Erörterung sei, könne man sie nicht abbrechen, aber er bitte um möglichste Kürze.

Abg. Pfisterer (Autif.) bittet, man möge möglichst bald einen israelitischen Lehrer aus Waldorf entfernen. (Heiterkeit.) Prof. Viktor Meyer in Heidelberg habe sich auf 70 000 M. gestellt. Jetzt sei ein Professor da, der 120 000 M. Einkommensteuer bezahle. (Große Heiterkeit.) 120 000 M. finde er etwas viel. (Große Heiterkeit.) Redner spricht von Spazierfahrten der Studenten mit großen Hundst. (Heiterkeit) und findet, daß jeder Wadener 5 M. Steuer für die Universitäten zahlen müsse. Man solle, der Fluß- und Dammbausteuer entsprechend, auch eine Universitätssteuer einführen. (Heiterkeit.)

Abg. Fieser (lib.): Pfisterer befinde sich auch heute in einer ganzen Masse von Irrtümern. (Heiterkeit.) Eine Kopfsteuer für die Universitäten gebe es nicht und viele Leute zahlen keine 5 M. Steuer. Aber Pfisterer das gesagt habe, habe ihm wieder einen Wären aufgebunden. Pfisterer solle ein Blatt Papier und ein Bleistift zur Hand nehmen und ausrechnen, wie viel bei 1,7 Millionen für unsere Hochschule im Ordinarium bei 1,7 Millionen Einwohnern auf den Kopf der Bevölkerung komme. Das werde Pfisterer wohl fertig bringen. (Heiterkeit.) Redner tritt für die Wählung des Zeichenlehrers ein und verweist auf die in Betrug in Verbindung mit der Universitäts-errichtung Handelshochschule. Er betont die Notwendigkeit, für eine Handelschule in der Besetzung zum Besuch dieser Schule zu sichern. Oben weist er auf eine früher in Karlsruhe an der Technischen Hochschule bestanden Einrichtung hin. Dem Präsidenten gegenüber erlaube er sich die bescheidene Bemerkung, daß er, Fieser, die historische Erörterung nicht angefangen und über Kaiser Wilhelm I. und den Fürsten Bismarck zwei 2 Minuten gesprochen habe. Was der „Herenfall“ mit dem Stromeyerergeschichte für ihn (Fieser) bedeute, wolle er Wacker sagen. Die Stadt Konstanz schulde dem Namen in mancher Beziehung Dank und Redner sei an seiner Seite gestanden, bis er sich von gewissen Gesichtspunkten überzeugt habe. Er sei dann offen und ehrlich gegen ihn aufgetreten und habe sodann, als infolge der Schwäche des Ministers Stöcker die Sache nicht klar geregelt wurde und die Stadt Stromeyer noch Gehalt zahlen mußte, die Disziplinaruntersuchung herbeigeführt. Er wisse also nicht, wieso er eine Erörterung über Stromeyer, den machtvollen Gegner des Ultramontanismus scheuen sollte. Die Verhöhnung Lameys über ihn, Fieser, glaube er nicht, wenn Wacker sie nicht selbst gehört oder Namen nennen kann. (Abg. Wacker: Förderer!) Dann befindet sich Lamey in einem absoluten Irrtum, falls nicht eine Namensverwechslung unterlaufen ist und Förderer oder Wacker sich verbört haben. Redner habe zu denen gehört, die für den Ausgleich waren (Abg. Franl: Sehr richtig!) — der Abg. Franl bestätige ihm dies — und nur gewollt, daß der Ausgleich ein ehrenvoller sei. Es sei richtig, daß er nicht angenommen habe, daß Benedek citiere. Er wisse allerdings, daß der Kaiser einmal von „Handlangern“ gesprochen habe, aber derselbe Kaiser nannte Bismarck den eisernen Kanzler und es existieren Urkunden, daß er ihn hochgepriesen hat für seine unerschütterlichen Verdienste unter 3 Kaisern. Wenn Benedek nur „citirt“ hätte, — Redner brauche da nicht den ersten Teil des Satzes vom zweiten zum Großen citiert haben. Und wenn Benedek da mit Bezug auf diese Benennung von Lamey oder unbenutzter Fälschung zum Wortteil des Kaisers Wilhelm und seines Handlangers Bismarck spricht, so ist noch nie eine unglücklichere Entschädigung vorgebracht worden, als die, daß Benedek nur „citirt“ habe. Redner weist auf die bewußt vollbrachten großen Taten des Kaisers Wilhelm I. hin, die den Namen des Großen rechtfertigen. Dann kommen seine großen persönlichen Eigenschaften: Schlachtheit, Einfachheit und SelbstergröÙe. Er war im Unglück nicht verzagt und ist auf der Höhe ungeachtet der Folge ein begabter Mann geblieben. (Beifall.) Den Mann wird man nicht beschweigen, weil sein Generalfeldmarschall einige Siege erfochten hat, den Siegreichen nennen; das Volk wird ihn den Großen nennen, so gut wie Karl den Großen. Redner streift die Tätigkeit des Frankfurter Parlaments und verweist auf Bismarcks Wort: Nicht durch Parlamentsbeschlüsse, sondern durch Blut und Eisen werden die großen Fragen der Zeit entschieden. Bewundernswert sei die sittliche Größe, mit der Kaiser Wilhelm und sein Kanzler die Kriege auch nicht um einen Tag über das Notwendige hinaus verlängerten. Den Vorwurf der Streicherei gegen Heimburger nehme er zurück, er habe eben gestern in der Aufregung gesprochen und er spreche sich auch heute wieder in die Aufregung hinein, wenn er an die Scene denke, die in einem deutschen Parlament noch zu Lebzeiten eines der großen Männer möglich war. Ob einer citiert oder nicht citiert, ist mir gleichgültig — wer in solchem Tone solches sagt, der beschimpft Millionen von Deutschen! (Beifall: Beifall im Saal und auf der Gallerie.)

Abg. Dr. Bildens (lib.): Der Abg. Pfisterer habe von einem Professor gesprochen, der 120 000 M. Einkommensteuer zahle. Es wäre ihm im allerhöchsten Maß erwünscht, eine solche steuerliche Kraft in seiner Gemeinde zu haben. (Heiterkeit.) Leider zweifle er an der Möglichkeit, jemals einen solchen Rabob zu erhalten. (Heiterkeit.) Pfisterer habe wohl die Versteuerung eines Einkommens von 120 000 M. gemeint. Natürlich sei das kein Dienstverkommen.

Geh. Rat Krüperger legt die Verhältnisse der Zeichenlehrer dar. Die Zeichenlehrerprüfung sei keine Dienstprüfung, sondern eine Fachprüfung und die Zeichenlehrer seien in derselben Lage, wie die Militärlieferanten. Es solle aber nochmals geprüft werden, ob die Zeichenprüfung als Dienstprüfung gelten könne, so daß die betr. Zeichenlehrer auch statmäßig angestellt werden könnten. Die israelitische Gemeinde habe gesetzlichen Anspruch auf einen Lehrer.

Staatsminister **Dr. Noll** kann versichern, daß die Regierung der Handelschule alle Aufmerksamkeit zuwenden wird. Eventuell werde man etwas ähnliches auch mit einer unserer Hochschulen in Verbindung bringen.

Abg. Köhler (Str.): Dresbach habe seine Äußerung über die erweiterten Volksschulen zu tragisch genommen. Er habe keine Änderung verlangt.

Schluß 1 Uhr. Freitag vormittag Fortsetzung.

* Tagesordnung der 78. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer auf Freitag, den 29. April 1898, vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Fortsetzung der Beratung des Berichtes der Budget-Kommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1898/99; Titel X der Ausgaben, Titel III der Einnahmen (Unterrichtswesen); Titel X der Ausgaben (Wissenschaften und Künste). Berichterstatter: Abg. Fieser.

* Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

